UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Newsletter 2/2 2019

Quo Vadis Stasi-Unterlagenbehörde

In den letzten Wochen hat die Beratung über die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde für Diskussionen gesorgt. Auch der jetzige Bundesbeauftragte Roland Jahn und die UOKG wurden, wenn auch nur vereinzelt, beschuldigt, die Stasi-Unterlagenbehörde „zerschlagen“ zu wollen. Was ist geschehen? Am 4. Juli 2014 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, eine Entscheidung über die zukünftige Fortführung der Aufgaben der Stasi-Unterlagenbehörde zu treffen. Dazu wurde eine Expertenkommission berufen. Mitglied in der Expertenkommission war auch der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner (bis 2015), und danach Hildigund Neubert. Im Rahmen einer Expertenanhörung konnte ich als neuer Bundesvorsitzender der UOKG vor der Expertenkommission Stellung nehmen. Abgesehen von einzelnen Positionen, zu denen ich noch komme, bleibt festzustellen, dass allein der Deutsche Bundestag Herr des Verfahrens war und ist. In allen Stellungnahmen hat die UOKG nachfolgende Punkte bei einer Umstrukturierung eingefordert. Dies sind unter anderem der schnellere Zugang der Berechtigten zu den Akten, vollständige Rekonstruktion der Aktenschnipsel, Erhalt der länderbezogenen Akten in zukunftsfähigen Archiven an einem authentischen Standort in den neuen Ländern und die Vernetzung der Archive mit den Bildungsstrukturen. Zudem war für uns die Berufung eines Opferbeauftragten durch den Deutschen Bundestag als Ansprechpartner für die Opfer von Kommunismus und SED-Diktatur unverzichtbar. Derzeitiger Stand ist, dass alle unsere Forderungen erfüllt werden. Dass die Entscheidungen des Deutschen Bundestages in dieser Sache Befürchtungen und Emotionen auslösen können, ist verständlich, aber Sachlichkeit ist auch hier geboten. Hinsichtlich der Angriffe auf Roland Jahn, möchte ich hier unseren verstorbenen Ehrenvorsitzenden Horst Schüler zitieren (stacheldraht 8/2011): „Wer sich deshalb gegen ihn stellt, ... stellt sich gegen alle Opfer des komm. Terrors." Diese Aussage von Horst Schüler war die Reaktion auf die Versetzung von 47 ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die in der Stasi-Unterlagenbehörde tätig waren und deren Versetzung Roland Jahn durchgesetzt hatte.

Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin-Lichtenberg
Foto: Benjamin Baumgart

So einem Mann, finde ich, kann man vertrauen! Dieter Dombrowski

Stasi-Überprüfung bis 2030 verlängert

Am 26. September stimmte der Deutsche Bundestag für eine Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes womit die zum 31. Dezember 2019 auslaufende Regelung zur Überprüfung von Personengruppen, die in politisch oder gesellschaftlich herausgehobener Position tätig sind, auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bis zum 31. Dezember 2030 verlängert wurde. Das allein die Partei Die Linke sich dagegenstellte, verwundert nicht! (BB)

Wie der Westen feiert

„Wem gehört die Deutsche Einheit?“, so lautete der Titel des Festvortrages, den der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, am 3. Oktober im Ruhrgastspielhaus Recklinghausen hielt. Eingeladen hatte der CDU Kreisverband Recklinghausen. Rund 200 Bürger waren der Einladung zu dieser festlichen Veranstaltung gefolgt. Die Deutsche Einheit gehört natürlich allen Deutschen, interessant ist der Weg dahin und welche Rolle die Deutschen in Ost und West spielten. Dieter Dombrowski schilderte aus eigener Erfahrung das Leben in Ost und West. Natürlich ist es dem Mut und der Entschlossenheit der Deutschen in der DDR zu verdanken, dass das SED-Regime zu Fall kam. Was aber wäre, wenn der Forderung der Deutschen in der DDR aus dem Westen geantwortet worden wäre: „Das ist ja schön, dass ihr das wollt, aber wir wollen nicht“.

Es war zum Glück, auch durch das entschlossene Handeln von Helmut Kohl, anders!

Petra Dombrowski

Publikum in Recklinghausen
Foto: Petra Dombrowski

Aufruf

Aufruf zum Forschungsprojekt durch das MRZ Cottbus

In dem Projekt geht es um die Durchführung und Folgen der politisch motivierten Kindestrennung, die kurz vor, während und nach der Haft im Zuchthaus Cottbus stattfand – möglicherweise bis hin zu einer endgültigen Trennung durch eine gegen den Willen der Eltern durchgeführte Zwangsadoption.

In der Öffentlichkeit ist zwar bekannt, dass die Trennung – auf Grund der Inhaftierung eines Elternteils - zu traumatischen Erlebnisse führen konnte und die Auswirkungen bis heute reichen. Bisher gibt es jedoch keine Untersuchungen in Bezug auf politisch inhaftierte Väter im ehemaligen Zuchthaus Cottbus und den Auswirkungen von Kindesentzug a.) für sie selbst und b.) für deren Kind/er. Die bisher vergessene Opfergruppe – die Nachkommen politisch Verfolgter – müssen als Opfer von DDR-Unrecht anerkannt und eine daraus resultierende Rehabilitierung ermöglicht werden. Kinder von politisch Inhaftierten waren zwar selbst nicht inhaftiert und dennoch litten sie unter den willkürlichen und staatlich angeordneten Eingriffen der DDR-Diktatur. Eine umfangreiche Aufarbeitung ist bis heute nicht geschehen. Aus diesem Grund wurde jeweils ein Fragebogen für den inhaftierten Vater und dessen Kind/er entwickelt:

Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus Telefon: 0355 2901330 oder per Email über Katrin-Behr@zwangsadoptierte-kinder.de. (KB)

Gedenken

Gedenken im Lager Mühlberg

Alljährlich findet am Wochenende um den 1. September das Treffen „Lager Mühlberg“ statt, in diesem Jahr war es das 29. Mal. Organisiert von der Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V., erinnert es an die Gräuel zweier Diktaturen, die in der Nähe von Mühlberg/Elbe verübt wurden. Im von den Nationalsozialisten betriebenen Stammlager IV B in Neuburxdorf starben von 1939 bis 1945 etwa 2.500 Kriegsgefangene. Bis 1948 verloren fast 6.800 Menschen im sowjetischen Speziallager Nr. 1 ihr Leben.

Pfarrer Taatz mit Schülern beim Gedenken am Hochkreuz
Foto: Inge Bennewitz

Eröffnet wurde das Treffen im Rathaus Mühlberg vom Vorstandsvorsitzenden, Pfarrer Matthias Taatz, der auch die darauf folgende Diskussionsveranstaltung moderierte. Im Podium berichteten drei Nachkommen von Opfern eindrucksvoll über ihre Erinnerungen an den verlorenen Vater oder Großvater, darunter Matthias Taatz, dessen Großvater im Speziallager starb. Bei der anschließenden, sehr emotionalen Diskussionsrunde zeigte sich ein großer Gesprächsbedarf vieler Hinterbliebener von Lageropfern.

Bei den Mahn- und Gedenkveranstaltungen in Neuburxdorf und am Hochkreuz des Speziallagers wurden von vielen Institutionen Kränze niedergelegt, an den Mikrophonen mahnten u. a. die Mühlberger Pastorin Sabrina Pieper und Birgit Becker-Neumann, Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in S/A, die schrecklichen Ereignisse von Kriegs- und Nachkriegszeit und deren Opfer niemals zu vergessen. Am Hochkreuz konnte sogar ein aus den USA angereister Überlebender begrüßt werden. Beide Veranstaltungen wurden von Schülern und Musikern mit beeindruckenden Beiträgen bereichert.

Ich habe zum ersten Mal am Treffen teilgenommen und war beeindruckt von den würdevollen Veranstaltungen und der perfekten Organisation, bei der an alles gedacht war.

Inge Bennewitz

Gedenkveranstaltungen

Kranzniederlegung zum Gedenken an den Bau der Mauer am 13. August 1961
Foto: Benjamin Baumgart

Kranzniederlegung zum Gedenken Speziallager Jamlitz
Foto: Carla Ottmann

Gedenken an die Frauen von Hoheneck
Foto: Elke Schlegel

Internationales Interesse

DDR-Zwangsadoptionen

In den vergangenen Wochen meldeten sich in der Geschäftsstelle der UOKG viele nationale und internationale Journalisten. Sie interviewten Zeitzeugen über das Leben in der DDR und welche Auswirkungen es für die Betroffenen bis heute hat. Mit sehr großem Interesse widmeten sich die Journalisten dem Thema der politisch motivierten Kindeswegnahmen und dessen historischer, politischer und persönlicher Aufarbeitung.

Katharina Taubert (rechts) mit Katrin Behr (mitte) und Viola Greiner-Willibald (links)
Foto: Benjamin Baumgart

Katharina Taubert aus London interviewte im August in den Räumen der Geschäftsstelle der UOKG unter anderem Betroffene von DDR-Zwangsadoptionen und ehemalige Heimkinder, die in ihrer Jugend einen Jugendwerkhof erleben mussten. Ihr Dokumentarfilm wird in England für politische Bildungszwecke an Schulen gezeigt und Menschenrechtsorganisationen zur Verfügung gestellt.

Antonie Yanin (israelisches Fernsehen) widmete sich der persönlichen Lebensgeschichte unserer langjährigen Mitarbeiterin Katrin Behr. Sie wurde als kleines Kind aufgrund der politisch motivierten Inhaftierung ihrer Mutter von der leiblichen Familie getrennt. Die ehemalige DDR-Jugendhilfe hatte von Anfang an den Plan, deren Zwangsadoption durchzuführen und an der leiblichen Mutter ein Exempel zu statuieren.

Bis heute kämpfen die Betroffenen von Zwangsadoptionen vergebens um eine Rehabilitierung für erlittenes DDR-Unrecht. Die Journalisten interessierten sich besonders dafür, warum bis heute keine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoptionen in Deutschland geschah und die Betroffenen bis heute auf eine Wiedergutmachung warten. Für die Betroffenen ist das nicht nachvollziehbar, zumal sich die Friedliche Revolution nun zum 30. Mal jährt.

Katrin Behr

Antonie Yanin (rechts) und Katrin Behr
Foto: Benjamin Baumgart

Besuch aus Korea

Bis heute hat der Kalte Krieg seine Spuren auf unserem Globus hinterlassen. Wir Deutschen feiern im nächsten Jahr 30 Jahre Deutsche Einheit nach dem Kalten Krieg. Der sozialistische Südjemen und die arabisch-islamische Republik Nordjemen schlossen sich nach der Teilung des Jemen im Jahre 1905 wieder zusammen. Im Mai 1975 erzwangen nordvietnamesische Truppen die Vereinigung.

Dr. Christian Sachse (mitte) mit der Südkoreanischen Delegation Foto: BB

Korea ist nach einem Stellvertreterkrieg der damaligen Großmächte Sowjetunion und USA seit 1945 in zwei Staaten geteilt. Die Teilung dauert nun so lange wie ein durchschnittliches Menschenleben und ein Ende ist nicht abzusehen. Über die Teilung ihres Landes hinaus leiden die Menschen in Nordkorea unter systematischen Menschenrechtsverletzungen. „der stacheldraht“ berichtet jährlich mehrfach über die schrecklichen Zustände. Auch die UOKG sieht sich in der Verantwortung, sich für die Menschen in Nordkorea einzusetzen.

Im Juli dieses Jahres kam, vermittelt durch die Hans-Seidel-Stiftung, eine Delegation der „Südkoreanischen Bürgerallianz für die Menschenrechte in Nordkorea“ nach Deutschland. Die Mitglieder waren teils Studenten, teils Professoren von südkoreanischen Universitäten. Sie interessierten sich für die „Aktivitäten zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft“ der UOKG. Christian Sachse, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG, berichtete über die rechtliche, soziale, psychologische und historische Beratung, die Opfer des Regimes kostenlos in Anspruch nehmen können. Die rechtliche, soziale und historische Beratung als Teil der Arbeit der UOKG, die psychologische Beratung meist durch „Gegenwind“ e.V. Sachse berichtete über die Erforschung der Opfergruppen, von denen es mehr gibt, als ursprünglich angenommen.

Christian Sachse

Berichte

Gedenktafel für ehemalige Hoheneckerinnen

Am Samstag, dem 07. September, fand im Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. die Einweihungsfeier für eine Informationstafel über das Frauenzuchthaus Hoheneck statt. Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG wie auch

Elke Schlegel und Dieter Dombrowski bei der Enthüllung Foto: Elke Schlegel

Vorsitzender des Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus, und Elke Schlegel, Regionalbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz, enthüllten die Tafel.

„Es besteht ein Zusammenhang zwischen den ehemaligen männlichen politischen Gefangenen von Cottbus und den weiblichen politischen Gefangenen von Hoheneck. Die Zahl der Cottbus-Hoheneck-Paare wird auf 100 bis 500 vermutet. Im Menschenrechtszentrum Cottbus hat sich die Möglichkeit ergeben, das Frauenzuchthaus Hoheneck mit einer Gedenktafel zu präsentieren. Diese Tafel ist ein fester Bestandteil deutscher Erinnerungskultur und soll an das Gedenken der Opfer und die Überwindung der SED-Diktatur erinnern. Alle ehemaligen Hoheneckerinnen sind aufgerufen, um aus dem Zuchthaus Hoheneck einen Ort des würdigen Gedenkens und erinnernder Wegweisung für zukünftige Generationen zu errichten“, sagte Elke Schlegel, die gleichzeitig mit ihrem Mann Thomas Schlegel die Initiatorin dieser Gedenktafel ist.

Die Podiumsteilnehmer
Foto: Elke Schlegel

Nach der feierlichen Enthüllung fand im ehemaligen Kinosaal der Cottbuser Haftanstalt zur historischen Veranstaltung „Frauen in Hoheneck—Männer in Cottbus, Hoheneck ein dunkles Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte“ eine Podiumsdiskussion statt. Betroffene und Experten kamen zu Wort. Christel Kurth war 1984 in Hoheneck inhaftiert, ihr Mann Claus in Cottbus. Als Betroffene berichtete sie von ihren Erlebnissen in der Haft, während Sebastian Lindner, der über das Frauenzuchthaus Hoheneck seine Dissertation schrieb, zur historischen Einordnung beitrug. Bianca Eichhorn von der Stadt Stollberg berichtete über den aktuellen Stand der Entstehung der „Gedenkstäte Frauenzuchthaus Hoheneck". Sylvia Wähling, geschäftsführende Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Cottbus, moderierte sehr einfühlsam das Podium.

Die Gedenktafel
Foto: Elke Schlegel

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit der Lesung von Barbara Große, ehemalige Hoheneckerin, aus ihrem Buch „Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“.

Elke Schlegel

Freiheitskämpfer geehrt

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am 14. Oktober in Leipzig die Freiheitskämpfer in einer außerordentlichen Fraktionssitzung geehrt. Der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus und sein Stellvertreter Alexander Dobrindt eröffneten die außerordentliche Sitzung mit dem Titel „Die Freiheitskämpfer. Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Es sollte eine halbstündige Rede der Bundeskanzlerin Angelika Merkel folgen. Diese sagte das Treffen aber kurzfristig ab, was von den „Ehrengästen“ kritisch aufgenommen wurde. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer stellte vor allem den Beitrag der Sachsen in den Vordergrund. Die anschließenden Podien, besetzt u.a. mit Roland Jahn, Uwe Schwabe, Susanne Daubner und Dr. Wolfgang Schäuble, beschäftigten sich mit Opposition und Massenbewegung und dem Ruf nach Freiheit. Bevor es zu dem Empfang ging, wurde gemeinsam die Nationalhymne gesungen.

(BB)

Von links nach rechts: Jürgen Engert, Roland Jahn, Yvonne Magwas, Susanne Daubner und Uwe Schwabe.
Foto: Benjamin Baumgart

Berichte

SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Derzeit liegt im Bundestag ein Entwurf des Bundesjustizministeriums zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze vor (BT-Drs. 19/10817). Darin enthalten sind die Entfristung aller drei Rehabilitierungsgesetze und Regelungen zu Heimkindern, die zum einen Beweiserleichterungen bei der Rehabilitierung bringen sollen und zum anderen Heimkindern, die aufgrund der Inhaftierung ihrer Eltern in ein Heim eingewiesen worden sind, den Zugang zu Unterstützungsleistungen gewähren. Auf den ersten Blick scheint ein solcher Vorschlag zunächst immer begrüßenswert. Beim näheren Hingucken fallen jedoch massive Mängel an dem Gesetzesentwurf auf, weshalb er in Kreisen der Opfer und Aufarbeitungsinitiativen auf Kritik gestoßen ist.

Am 11. September hat sich nun der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit diesem Entwurf beschäftigt. Als einer von neun Experten war auch Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, geladen.

Die geplante Entfristung wurde von allen Experten begrüßt. Darüber hinaus ließen sie aber kein gutes Haar an dem vorgeschlagenen Gesetzestext. Es wurde bezweifelt, dass die angepriesenen „Beweiserleichterungen“ überhaupt zu einer Veränderung in der Praxis führen würden. Auch der neu geschaffene Anspruch auf Unterstützungsleistungen wurde scharf kritisiert. Den Betroffenen gehe es schließlich um eine Rehabilitierung.

Es wurde aber nicht nur moniert, was in dem Gesetzesentwurf drinsteht, sondern eben auch, was alles nicht in dem Gesetzesentwurf enthalten ist.

Dabei wurde in erster Linie auf die vom Oktober 2018 stammende Prüfbitte des Bundesrates (BT-Drs. 316/18) hingewiesen, welcher Regelungsbedarf bei verfolgten Schülern, Zersetzungsopfern, Zwangsausgesiedelten und u.a. auch eine Erhöhung der Opferrente vorsieht.

Die Mitglieder des Rechtsausschusses haben die Kritik durchaus wahrgenommen und zugesichert, dass der Gesetzesentwurf in der jetzigen Form nicht beschlussreif sei. Die Aufnahme weiterer Opfergruppen in die Rehabilitierungsgesetze wurde zumindest in Aussicht gestellt.

Die Zeit drängt! (BB)

30 Jahre Friedliche Revolution

Die evangelischen Nachrichtenagentur idea hatte nach Schwäbisch Gmünd zum Kongress „30 Jahre Friedliche Revolution geladen“. Themen in verschiedenen Veranstaltungsblöcken und 300 Teilnehmer waren der Rahmen für eine gelungene Tagung. Dieter Dombrowski, Pfarrer Matthias Stork und Pfarrer Harald Breitenbach sprachen über ihre Erfahrungen und pol. Haft in der DDR. Einigkeit herrschte auch über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Natürlich war sie das! Dieter Dombrowski

Dieter Dombrowski (rechts) mit Matthias Stork Foto: (DD)

FRG—RÜG

Das Fremdrentengesetz (FRG), durch welches Aussiedlern und Flüchtlingen aus der DDR, vereinfacht gesagt, für ihre in der DDR geleistete Arbeit fiktiv als in der Bundesrepublik erbracht, eingestuft wurden und das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), durch welches die Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung nach der Wende hergestellt werden sollte, was für die meisten Aussiedler und Flüchtlinge (es wird von über 300.000 Betroffenen ausgegangen) aber zur Folge hatte, dass man sie wieder als DDR-Bürger einstufte und im Ergebnis zu teils erheblichen Renteneinbußen führte:

Dr. Günter Krings (2 v. l.) und Wilfried Oellers (rechts) mit Vertretern der IEDF, VOS und UOKG
Foto: Benjamin Baumgart

Insbesondere die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) hat sich um dieses Thema immer wieder bemüht. Leider ohne den großen Durchbruch. In den vergangenen Wochen hat es nun dazu verschiedene Gespräche im Bundestag und im zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales gegeben, u.a. mit den CDU-Abgeordneten Dr. Günter Krings, Gitta Connemann, Wilfried Oellers und Elisabeth Motschmann. Wie ein Ergebnis aussehen und ob es überhaupt eins geben wird, bleibt abzuwarten. Immerhin gehen die Gespräche weiter! (BB)

UOKG-Verbändetreffen

Das erste UOKG-Verbändetreffen des Jahres 2019 am 15. und 16. Juni 2019 stand unter dem Thema „Verborgene Orte der

Teilnehmer während der Pause
Foto: Christian Sachse

Repression“.

Peter Erler, wiss. Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, referierte über die „GPU-Keller“.

Jochen Krüger, wissenschaftlicher Volontär in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, widmete sich anschließend dem Thema „Konspiration über alles. Die geheimen Wohnungen und Objekte der Stasi in Ost-Berlin“.

Zudem gab es einen Gastvortrag, in dem Dr. Stefan Donth, Leiter der Forschung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, und Prof. Dr. med. Stefan Röpke von der Charité Berlin das Projekt „Landschaften der Verfolgung - BMBF-Forschungsverbundvorhaben“ vorstellten.

Am zweiten Tag wurde nach Berichten aus den Verbänden die Veranstaltung mit einer Führung Roland Jahns durch das Stasi-Unterlagen-Archiv beschlossen. (BB)

Teilnehmer der Verbändetreffens bei der Führung mit Roland Jahn (mitte)
Foto: Christian Sachse

Kurz erzählt

Erinnert—Hautnah—erzählt

Am 27. Juni 2019 wurde im Rathaus Pankow ein weiteres düsteres Kapitel DDR-Geschichte erzählt. Martina Blankenfeld hatte zusammen mit Benjamin Baumgart, Antonia Sternberg, Fabiane Schmidt und Janine Schweiger eine szenische Lesung über eine besonders perfide Einrichtung von Stasi und Gesundheitswesen erarbeitet: Die sogenannte Venerologische Station in Berlin-Buch. Hier wurden junge Frauen eingewiesen, die nicht als sozialistische Persönlichkeiten funktionieren wollten. Sie wurden demütigenden „medizinischen Untersuchungen“ ausgesetzt. Der Unterdrückungsapparat hatte Erfolg. Hunderte von Frauen waren verstummt. Martina Blankenfeld ist es mit ihrer Gruppe gelungen, diese Repressionen zur Sprache zu bringen. Damit ist ihnen wenigstens ein Teil des Schreckens genommen. Wichtig für die Zukunft der Aufarbeitung war, dass mit diesem Stück auch jüngere Menschen erreicht wurden. Christian Sachse

Martina Blankenfeld (rechts) und die übrigen Akteure Foto: Christian Sachse

Neuer Direktor in HSH

Dr. Heidemeyer (mitte) zusammen mit dem Team der UOKG und Teilen des Vorstands
Foto: Benjamin Baumgart

Der neue Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Dr. Helge Heidemeyer besuchte noch vor seinem Amtsantritt am 2. September die Geschäftsstelle der UOKG. Bei diesem ersten sehr angenehmen Kennenlerngespräch ging es auch um die Zeitzeugen. Heidemeyer sprach sich deutlich dafür aus, diese zu bewahren und stellte sich somit gegen die Befürchtung einiger Stimmen, dass das Zeitzeugenprogramm eingestampft werden würde. (BB)

Klausurtagung

Am 10. Oktober 2019 hat die UOKG eine Klausurtagung für ihre Mitarbeiter und den Vorstand durchgeführt. In einer angenehmen Atmosphäre im Unionhilfswerk in Berlin-Grünau standen dabei die Planungen für das Jahr 2020 im Mittelpunkt. Im 30. Jahr der Deutschen Einheit plant die UOKG neben dem üblichen Verbändetreffen und dem Jahreskongress zwei Sonderkongresse. Im Mai in Stollberg/ Sachsen (Hoheneck) und im September in Cottbus (Zwangsarbeit).

(BB)

Teile des Teams und Vorstands der UOKG
Foto: Benjamin Baumgart

Mitgliedsverbände der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Stalinistisch Verfolgten – Landesverband Berlin
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk– und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/ Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945–1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Stasiopfer-Selbsthilfe (NRW)
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam
- VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Assoziierte:

- Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Informationen

Kontaktdaten

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg

Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto
Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1007 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
für: UOKG e.V.

Mitglied werden...

Mitglied kann jede Körperschaft oder Vereinigung werden, die den satzungsgemäßen Intentionen der UOKG verpflichtet und deren Zweck auf die in der Satzung genannten Aufgaben gerichtet ist.

Die UOKG in Ihrer Nähe

Unsere Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Hans-Peter Schudt
schudt@uokg.de

Berlin: Anita Goßler
über info@uokg.de

Brandenburg: Dr. Richard Buchner
buchner@uokg.de

Niedersachsen: info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Angelika Barbe
barbe@uokg.de

Südwestdeutschland: info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt:

Klaus Wolf: wolf@uokg.de

Kompetente Leitung

Im Vorstand haben SED-Opfer stets eine Mehrheit

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de

Stellvertreter: Roland J. Lange
lange@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende:

Horst Schüler (†), Gerhard Finn (†)

Weitere Mitglieder:

Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Kurz erzählt/Impressum

Förderhinweis

Dieser Newsletter wurde gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Zur Homepage

UOKG würdigt Frauen

In den Jubiläumsjahren 30 Jahre Mauerfall und Wiedervereinigung ist es der UOKG ein besonderes Anliegen, Frauen als Opfer politischer Verfolgung zu würdigen. Bereits am 9. Oktober thematisierte die UOKG in einer Abendveranstaltung das Leben und den Tod der Dichterin Edeltraud Eckert während ihrer politischen Haft. Am 7. Dezember 2019 folgt ein UOKG-Kongress, auf dem Frauen aus Gefängnissen der SED-Diktatur berichten. In das Blickfeld sollen auch Haftorte rücken, die inzwischen fast vergessen sind.

Anfang Mai 2020 wird ein Frauenkongress in Hoheneck stattfinden, auf dem politische Repressionen gegen Frauen in der SED-Diktatur in umfassender Weise zu Wort kommen. Die UOKG unterstützt die Absichten der Gedenkstätte Hoheneck und des Forums politisch verfolgter Frauen, Hoheneck zu einem besonderen Ort zu gestalten, an dem der politisch verfolgten Frauen in besonderer Weise gedacht wird. Informieren Sie sich auf unserer Homepage www.uokg.de. (CS)

Podium bei der Veranstaltung zu Edeltraud Eckert
Von links nach rechts: Gudrun Bauer, Hanswalter Werner, Roland Zumbühl, Prof. Ines Geipel, Uta Gerlant; Foto: (CS)

Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Die Kommission musste seit ihrer Einberufung im April schon viel Kritik einstecken. Warum ausgerechnet Platzeck als Vorsitzenden? Wieso gibt es keine Opfer in der Kommission? Warum wurde die Kommission erst so spät zusammengesetzt? All dem ausgesetzt, hat die Kommission am 9. September unter dem Thema „Die Zeit war reif. Die Gründung von Bürgerbewegungen und neuen Parteien als Meilenstein für die Friedliche Revolution“ ihre Auftaktveranstaltung gefeiert. Die gelungene Veranstaltung fand am historischen Tagungsort des Zentralen Runden Tisches in der DDR (heute die Bundesakademie für Sicherheitspolitik), der die Bürgerbewegungen und politischen Parteien mit der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow zusammenführte, statt. (BB)

Matthias Platzeck mit weiteren Kommissionmitgliedern und Podiumsteilnehmer
Foto: Benjamin Baumgart

Fotonachweise

Seite 1: links: Benjamin Baumgart/ rechts: Petra Dombrowski/ **Seite 2:** oben rechts: Inge Bennewitz/ unten links nach rechts: Benjamin Baumgart/ Cara Ottmann/Elke Schlegel/ **Seite 3:** alle drei Fotos: Benjamin Baumgart/ **Seite 4:** drei Fotos links: Elke Schlegel/ rechts: Benjamin Baumgart/ **Seite 5:** links unten: Dieter Dombrowski/ rechts: Benjamin Baumgart/ **Seite 6:** links: Christian Sachse/ rechts oben: Christian Sachse/ rechts unten, mitte: Benjamin Baumgart/ rechts unten: Christian Sachse/ **Seite 8:** oben: Christian Sachse/ mitte: Benjamin Baumgart. Alle Fotos unterliegen dem Urheberrecht.

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leser.
Redaktion dieser Ausgabe: Benjamin Baumgart — Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Oktober 2019
Copyright 2019 bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.